



Council of the
European Union

Brussels, 18 November 2021
(OR. en, de, pl)

**Interinstitutional File:
2020/0361(COD)**

13203/21
ADD 1

**COMPET 737
MI 772
JAI 1126
TELECOM 388
CT 132
PI 100
AUDIO 98
CONSOM 231
CODEC 1367
JUSTCIV 165**

NOTE

From: General Secretariat of the Council
To: Council

No. Cion doc.: 14124/20 + COR1 + ADD1

Subject: Proposal for a REGULATION OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND
OF THE COUNCIL on a Single Market For Digital Services (Digital
Services Act) and amending Directive 2000/31/EC
- General approach
- Statements

STATEMENT BY DENMARK

Regulation of the European Parliament and of the Council on a Single Market For Digital Services (Digital Services Act) and amending Directive 2000/31/EC

Denmark supports the Presidency's compromise text in order to reach the General Approach at the COMPET Council on 25 November 2021.

In general, Denmark supports the overall aim of updating the horizontal rules that define the responsibilities and obligations of providers of digital services, and online platforms in particular.

However, Denmark strongly regrets that the regulation does not set obligations on an importer's responsibilities. It is a problem that there is no one in the Union to be held responsible in cases where online marketplaces make it possible for traders to sell their products and services from third countries directly to European consumers. There are several cases where European consumers end up with dangerous and illegal products and suffer from the system, that we have today. Thus, the liability exemption maintains a loophole of import of goods not complying with EU legislation and is detrimental for not only consumer protection, but also for competitiveness of European businesses. In this regard, Denmark had strived for a more ambitious regulation by ensuring that there is always a part in the EU to be held accountable for products entering the European Market - whether the products are sold offline or online.

We hope that our request on importers responsibilities will be taken in due and serious account in the course of the next phase of the negotiations.

Although, it does not change Denmark's position on this matter, Denmark welcomes the steps taken in Section 3A obliging online market places to live up to further requirements in order to ensure consumer protection and safe products being sold to European consumers.

STATEMENT BY GERMANY

Verordnung über einen Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und zur Änderung der Richtlinie 2000/31 EG

Allgemeine Ausrichtung

Protokollerklärung der geschäftsführenden Regierung der Bundesrepublik Deutschland - deutsche Sprachfassung -

Deutschland unterstützt den zur Erreichung der allgemeinen Ausrichtung im Rat für Wettbewerbsfähigkeit am 25. November 2021 von der Präsidentschaft vorgelegten Text. Insbesondere begrüßen wir die Stärkung der Kompetenzen der Europäischen Kommission bei der Bestimmung, der Beaufsichtigung und der Kontrolle von sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen. Dies wird die effektive Durchsetzung der Regelungen des Gesetzes über digitale Dienste (DSA) sicherstellen. Zugleich unterstreichen wir mit Blick auf die anstehenden Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament aber, dass zur Gewährleistung einer noch höheren Wirksamkeit des DSA weitere Verbesserungen notwendig sind.

Es ist uns ein zentrales Anliegen, dass beim Kinder- und Jugendmedienschutz der auf internationalen Vorgaben (Übereinkommen über die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen und Allgemeine Bemerkung Nr. 25 zu den Rechten der Kinder in Bezug auf das digitale Umfeld des VN-Kinderrechteausschusses) beruhende derzeitige hohe Schutzstandard in Deutschland erhalten bleibt. Dies müssen die Regelungen im DSA in jedem Fall, etwa durch entsprechende Abweichungsmöglichkeiten für höhere Standards, gewährleisten.

Deutschland begrüßt, dass mit dem DSA ein einheitliches Regelwerk geschaffen wird, um illegale Inhalte im Netz zu bekämpfen. Wir werben allerdings dafür, die Regelungen zu Löschverpflichtungen und die dazugehörigen Löschfristen für sehr große Online-Plattformen ambitionierter und rechtlich verbindlich auszugestalten. Auch die Meldepflichten der Hosting-Diensteanbieter an Strafverfolgungs- und Justizbehörden gemäß Artikel 15a sollten konkretisiert werden. Die Mitgliedstaaten sollten die Möglichkeit haben, die in ihrem Hoheitsgebiet im Einzelnen zu meldenden Straftaten zu benennen. In Bezug auf sehr große Online-Plattformen sollte den Mitgliedsstaaten ermöglicht werden, die Meldepflichten in ihrem nationalen Recht auch auf Straftaten zu erstrecken, die das demokratische Gemeinwesen gefährden oder anhaltende negative Auswirkungen auf die Ausübung der Meinungsfreiheit haben, soweit diese im Einklang mit den Grundwerten der Europäischen Union stehen. Außerdem unterstützen wir es nachdrücklich, Artikel 15 um eine Speicherpflicht für gelöschte illegale Inhalte zu erweitern.

Die anstehenden Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament sollten dazu genutzt werden, die Durchsetzungsmöglichkeiten von nationalen Behörden und den Verbraucherschutz – auch durch das Einführen proaktiver Sorgfaltspflichten für die Anbieter von Online-Marktplätzen – zu stärken. Nur auf diesem Wege können Aufsichtsbehörden das immense Aufkommen an illegalem Waren- und Tierhandel effektiv eindämmen. Außerdem schlagen wir ein Verbot anonymer Angebote von Tieren auf Online-Marktplätzen vor – auch seitens privat auftretender Anbieter. Die anstehenden Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament bieten für die Europäische Union die Chance, die Ziele des Europäischen Green Deal im DSA zu verankern. So sollten Umweltaspekte in der Risikobewertung von sehr großen Online-Plattformen Beachtung finden. Außerdem sollten Online-Marktplätze mehr Informationen für nachhaltigen Konsum bereitstellen.

Da sehr große Online-Plattformen ferner zunehmend Orte der öffentlichen Debatte und unverzichtbare Vertriebskanäle für Mediendienstanbieter geworden sind, sollten die Medienfreiheit und die Medienpluralität, wie sie in der Charta niedergelegt sind, stärker berücksichtigt werden. Um dies zu erreichen sollten Verfahrensregelungen eingeführt werden, die großen Online-Plattformen verbieten, von einem Mediendienstanbieter bereitgestellte Inhalte oder Dienste unter Berufung auf die Verletzung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattform zu entfernen oder auf andere Weise zu beeinträchtigen, ohne den Mediendienstanbieter vorher angehört zu haben. Ergänzend dazu ist notwendig, dass in Artikel 12 – oder an anderer passender Stelle – herausgestellt wird, dass die Medienfreiheit und die Medienpluralität in Wortlaut und Anwendung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen einer Plattform in angemessener Weise zu berücksichtigen sind. Die Plattformen sollten einen Verhaltenskodex beschließen, der diese Anforderungen konkretisiert. Wir sorgen uns außerdem um die Funktionalität der Kontrollstruktur des DSA, die für dessen Erfolg essentiell ist. Es sollten weitere Bemühungen unternommen werden, Synergie-Effekte mit bestehenden Institutionen (wie etwa der European Regulators Group for Audiovisual Media Services, ERGA) und Möglichkeiten einer Einbindung dieser Institutionen zu nutzen. In diesem Zusammenhang ist uns außerdem wichtig, dass bestehende und bewährte Kooperationsmechanismen fortgeführt werden, wie etwa die in der von den ERGA-Mitgliedern geschlossenen Absichtserklärung. In diesem Gesamtkomplex muss außerdem sichergestellt werden, dass die Kompetenzen der Mitgliedsstaaten auf diesem Feld erhalten bleiben.

Deutschland spricht sich schließlich dafür aus, dass nicht-gewinnorientierte Bildungs- und Forschungsrepositorien nicht unter die Definition einer “Online-Plattform“ fallen, da von diesen Repositorien nicht die Risiken ausgehen, die mit dem DSA bekämpft werden sollen.

Wir vertrauen mit Blick auf die anstehenden Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament darauf, dass diese Aspekte ernsthaft und sorgfältig erwogen und in die anzustellenden Überlegungen aufgenommen werden.

1. Regulation on a single market for digital services (Digital Services Act) and amending Directive 2000/31/EC

General approach

Statement by the acting German government

Courtesy Translation:

Germany supports the Presidency's compromise text in order to reach the General Approach at the Council on 25 November 2021. In particular, we welcome the strengthening of the European Commission with regard to the designation, supervision and governance of very large online platforms and very large online search engines to ensure an effective oversight and enforcement of the Digital Services Act (DSA). However, we strongly underline the need for further improvements in the course of the upcoming negotiations with the European Parliament to ensure that the DSA becomes even more effective.

For Germany, it is crucial to safeguard the current high domestic standard based on international requirements (UN Convention on the Rights of the Child and General Comment No. 25 on children's rights in relation to the digital environment of the UN Committee on the Rights of the Child) concerning the protection of minors in the media. Under any circumstances, this must be guaranteed by the DSA, particularly through relevant derogation options.

Germany welcomes that the DSA creates a uniform European legal framework for combating illegal content online. We advocate for making the provisions on deletion obligations and corresponding deadlines even more ambitious and legally binding for very large online platforms. Further specifications under Article 15a are needed when it comes to the reporting obligations of providers of hosting services to law enforcement and judicial authorities. Member States should have the option to notify the individual criminal offences to be reported concerning their territory. With regard to very large online platforms, Member States should have the possibility to extend the reporting obligations by means of national legislation to criminal offences that endanger the democratic polity or have a persistent negative impact on the exercise of freedom of expression, insofar as these extensions are in line with the fundamental values of the European Union. Additionally, we strongly support enlarging the scope of Article 15 in order to introduce a storage obligation for deleted illegal content.

The upcoming negotiations with the European Parliament should be used to strengthen the enforcement possibilities of national authorities and consumer protection, including through proactive due diligence obligations for providers of online marketplaces. Only this way surveillance authorities can contain the immense trade in illegal goods and animals on the internet. Germany suggests to prohibit the anonymous advertisement of animals on online-marketplaces, also by consumers. The upcoming negotiations with the European Parliament give the European Union the opportunity to anchor the aims of the Green Deal in the DSA. Very large online platforms should consider environmental concerns in their systemic risk assessments, and online-marketplaces should provide more information on sustainable consumption.

As very large online platforms increasingly have become spaces of public discussion online and indispensable distribution channels for media service providers, greater consideration must be given to the freedom and pluralism of the media as enshrined in the Charter. To achieve this, procedural rules have to be established that prohibit very large online platforms from interfering with a service or content made available by a media service provider on the basis of alleged violations of the terms and conditions without prior consultation with the media service provider. In addition, it is necessary to emphasize in Article 12 or another suitable article that the freedom and pluralism of the media must be sufficiently considered in the establishment and application of the platforms' general terms and conditions. The platforms should agree on a code of conduct to concretize these requirements. We are concerned about the functionality of the governance structure, which is essential for the success of the DSA. Efforts should be made to make optimum use of possible synergy effects with the existing institutions such as ERGA and appropriate opportunities for participation by these institutions should be created. It is also important to us in this regard that existing and proven cooperation mechanisms, such as those from the Memorandum of Understanding between the National Regulatory Authority Members of the ERGA, are maintained. In this entire complex, it must be ensured that the competencies of the Member States are preserved.

Finally, Germany advocates for not-for-profit educational and scientific repositories not to fall under the definition of “online platform” because they do not pose the risks addressed in the DSA.

We trust that these aspects will be taken into due and serious account in the course of the upcoming negotiations with the European Parliament.

STATEMENT BY POLAND

Oświadczenie Polski w sprawie DSA

Polska popiera kompromisowy tekst prezydencji dotyczący rozporządzenia w sprawie jednolitego rynku usług cyfrowych (akt o usługach cyfrowych) i zmieniającego dyrektywę 2000/31/WE (DSA) w celu wypracowania podejścia ogólnego na posiedzeniu Rady COMPET w dniu 25.11.2021 r.

Zdecydowanie podkreślamy jednak potrzebę wprowadzenia ulepszeń, aby projekt rozporządzenia DSA w pełni wzmocnił pozycję konsumentów w UE i zapewnił skuteczne egzekwowanie przepisów DSA.

Powinno być jasne wskazanie, że DSA należy równoważyć potrzebę szybkiego usuwania nielegalnych treści z Internetu z ochroną wolności wypowiedzi i informacji. DSA powinno zawierać jasne przepisy dotyczące jurysdykcji nad tymi platformami, tak aby wszelkie stosowane przez nas środki egzekwowania prawa były skuteczne i wystarczające.

Mechanizm egzekwowania DSA oparty na zasadzie kraju pochodzenia, która jest podstawową zasadą rynku wewnętrznego przynoszącą niezaprzeczalne korzyści pod względem możliwości rozwoju dla mniejszych dostawców usług pośrednictwa w UE, powinien uwzględniać odpowiednie zaangażowanie państwa członkowskiego, w którym znajdują się odbiorcy usługi. Koordynator ds. usług cyfrowych miejsca przeznaczenia może dostarczyć nieocenioną wiedzę na temat prawa krajowego i kontekstu lokalnego danego państwa członkowskiego.

Ponadto bardzo duże platformy internetowe i bardzo duże wyszukiwarki internetowe powinny być odpowiednio reprezentowane na terytorium UE i ustanowić odpowiednie kanały dwustronnej komunikacji, w szczególności z właściwymi organami ze wszystkich państw członkowskich. W DSA należy przewidzieć obowiązek potwierdzenia przez usługodawców odbioru korespondencji za pośrednictwem punktu kontaktowego.

Konieczne jest zachowanie w tekście DSA przepisów wyjaśniających, że DSA pozostaje bez uszczerbku dla prawa odbiorców, zainteresowanych osób fizycznych lub podmiotów do odwołania się od decyzji do sądu lub organu administracyjnego kraju, w którym mają siedzibę, miejsce zamieszkania lub stały pobyt, zgodnie z prawem właściwym dla tego państwa.

Jesteśmy przekonani, że wspomniane wyżej konstruktywne i racjonalne ulepszenia pomogą w osiągnięciu zadowalającego kompromisu w trakcie zbliżających się negocjacji międzyinstytucjonalnych.

Poland Statement Concerning DSA

Poland supports the Presidency's compromise text on Regulation on a single market for digital services (Digital Services Act) and amending Directive 2000/31/EC (DSA) in order to reach the General Approach at the COMPET Council on 25 November 2021.

However, we strongly underline the need for improvements in order that the DSA proposal empowers fully EU consumers and provide effective enforcement of DSA provisions.

There should be a clear indication that the DSA duly balances the need for swift removal of illegal content from the Internet with the protection of the freedom of expression and information. The DSA should provide clear provisions as to jurisdiction over these platforms so that any enforcement measures that we use are effective and sufficient.

DSA enforcement mechanism based on the country of origin principle, which is a core principle of the internal market bringing undeniable profits in terms of growth opportunities for smaller providers of intermediary services within the EU, should take into account sufficient involvement of a Member State where the recipients of the service is located. Digital Service Coordinator of destination can provide invaluable knowledge of the national law and local context of the Member State concerned.

Furthermore, very large online platforms and very large online search engines should be properly represented in the EU territory and establish appropriate channels for two-way communications, especially with competent authorities from all Member States. DSA should foresee an obligation on the part of service providers to acknowledge the receipt of correspondence via the point of contact.

Finally, it is necessary to keep in the text of DSA provisions clarifying that DSA is without prejudice to the right of the recipients or the individual or entity concerned to appeal against the decision before a court or administrative authority of the country where they are established, domiciled or have permanent residence, in accordance with the applicable law of that country.

We are confident that the abovementioned constructive and rational improvements will help to reach a satisfactory compromise in the course of incoming interinstitutional negotiations.

JOINT STATEMENT BY ITALY AND SPAIN

JOINT STATEMENT ON THE DIGITAL SERVICES ACT (DSA)

Italy and Spain support the Presidency's compromise text, in order to reach the General Approach at the COMPET Council on 25 November 2021.

However, we strongly underline the need for improvements, in order for the DSA not to be watered down in the course of negotiations during the further procedure.

For instance, we believe that traceability obligations, as provided for online marketplaces at Article 24a, shall be enlarged, in order to ensure that what is illegal offline should also be illegal online.

Indeed, these obligations are necessary to intercept fraudulent businesses and stop illegal content and products to be circulated through different digital services and a plurality of intermediary service providers, thus contributing to create a safe, transparent and trustworthy digital environment.

Therefore, we support the enlargement of the scope of Article 24a to hosting providers, web hosting, Content Delivery Networks, DNS registries and registrars, payment and advertising services.

We are confident that such request will be taken in due and serious account in the course of future negotiations.

STATEMENT BY HUNGARY

Statement by Hungary on the proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council on a Single Market For Digital Services (Digital Services Act) and amending Directive 2000/31/EC

Hungary attaches great importance to the protection of freedom of expression and freedom of speech of EU citizens. Therefore, we are committed to ensure an even more effective enforcement of the Digital Services Act Regulation.

The country of origin principle is an essential basic rule in the Single Market, which provides profits in terms of ensuring predictable regulatory environment for smaller European providers of intermediary services. However, it does not bring such benefits at the level of EU citizens. There are asymmetries in terms of rights between the providers of online platforms and their users as well as with regard to public authorities, which are missing the necessary tools to fully protect users from the abusive practices. This problem is aggravated by the fact, that there is an increasing number of services and platforms – without legal establishment in the EU – targeting the citizens of Member States.

While we keep the country of origin principle at EU level as a general rule, we must not forget to protect the legitimate interests of our consumers.

To empower EU consumers and provide effective enforcement of DSA provisions, it is worth considering the possibility to involve regulators of countries of destination more actively in the supervision of very large online platforms and very large online search engines. We consider that in many cases in order to properly understand and handle the cases of content moderation practices, deep understanding of specificities of national law and socio-cultural context is needed.

Hungary therefore calls for a more ambitious approach to guarantee the highest level of protection of consumers' rights. Meeting these objectives requires solutions adapted to this rapidly changing platform economy ecosystem and this implies a thorough evaluation of our core principles.
